



**Schulpsychologischer
Beratungsdienst
im Bezirk Hinwil**

**Statuten
des Schulpsychologischen Beratungsdienstes
im Bezirk Hinwil
(Statuten SPBD)**

gültig ab 1.1.2022

Genehmigung durch Urnenabstimmung vom 26. September 2021.

Inhaltsverzeichnis

1	Bestand und Zweck	4
Art. 1	Bestand.....	4
Art. 2	Zweck.....	4
Art. 3	Beitritt weiterer Gemeinden	4
2	Organisation	4
2.1	Allgemeine Bestimmungen	4
Art. 4	Organe.....	4
Art. 5	Amtsdauer.....	4
Art. 6	Zeichnungsberechtigung	4
Art. 7	Publikation und Information	5
2.2	Die Stimmberechtigten des Verbandsgebiets.....	5
Art. 8	Stimmrecht.....	5
Art. 9	Verfahren	5
Art. 10	Zuständigkeit.....	5
Art. 11	Volksinitiative	5
Art. 12	Beschlüsse der Delegiertenversammlung	6
Art. 13	Ausschluss des Referendums	6
2.3	Die Verbandsgemeinden	6
Art. 14	Aufgaben und Kompetenzen der einzelnen Verbandsgemeinden	6
Art. 15	Beschlussfassung.....	6
2.4	Delegiertenversammlung.....	7
Art. 16	Zusammensetzung	7
Art. 17	Konstituierung.....	7
Art. 18	Offenlegung der Interessenbindungen	7
Art. 19	Kompetenzen	7
Art. 20	Vorsitz und Sekretariat.....	7
Art. 21	Einberufung	8
Art. 22	Beschlussfähigkeit und Stimmabgabe.....	8
Art. 23	Wahlen und Abstimmungen	8
Art. 24	Öffentlichkeit der Verhandlungen.....	8
Art. 25	Anfragerecht der Delegierten	8
2.5	Betriebskommission	9
Art. 26	Zusammensetzung	9
Art. 27	Offenlegung der Interessenbindungen	9
Art. 28	Allgemeine Befugnisse	9
Art. 29	Finanzbefugnisse	9
Art. 30	Aufgabendelegation	10
Art. 31	Einberufung und Teilnahme	10

Art. 32	Beschlussfassung.....	10
2.6	Leitung SPBD	10
Art. 33	Zusammensetzung	10
Art. 34	Aufgaben und Kompetenzen.....	10
2.7	Rechnungsprüfungskommission (RPK).....	11
Art. 35	Zusammensetzung	11
Art. 36	Aufgaben	11
Art. 37	Herausgabe von Unterlagen und Auskünfte	11
Art. 38	Prüfungsfristen	11
2.8	Prüfstelle	11
Art. 39	Aufgaben der Prüfstelle	11
Art. 40	Einsetzung der Prüfstelle.....	11
3	Personal und Arbeitsvergaben	11
Art. 41	Anstellungsbedingungen.....	11
Art. 42	Öffentliches Beschaffungswesen	12
4	Verbandshaushalt	12
Art. 43	Finanzhaushalt	12
Art. 44	Finanzierung der Betriebskosten	12
Art. 45	Finanzierung der Investitionen.....	12
Art. 46	Beteiligungs- und Eigentumsverhältnisse	13
Art. 47	Haftung.....	13
5	Aufsicht und Rechtsschutz	13
Art. 48	Aufsicht.....	13
Art. 49	Rechtsschutz und Verbandsstreitigkeiten.....	13
6	Austritt, Auflösung und Liquidation	13
Art. 50	Austritt.....	13
Art. 51	Auflösung.....	13
7	Übergangs- und Schlussbestimmungen	14
Art. 52	Einführung eigener Haushalt.....	14
Art. 53	Inkrafttreten	14

1 Bestand und Zweck

Art. 1 Bestand

¹ Die Politischen Gemeinden Bärenwil, Bubikon, Fischenthal, Gossau, Dürnten, Seegräben, Rüti, Wald, die Stadt Wetzikon und die Schulgemeinden Grüningen¹ und Hinwil bilden unter dem Namen „Schulpsychologischer Beratungsdienst im Bezirk Hinwil“ (SPBD im Bezirk Hinwil) auf unbestimmte Dauer einen Zweckverband nach den Bestimmungen des Gemeindegesetzes.

² Der Zweckverband hat seinen Sitz in Bärenwil.

Art. 2 Zweck

¹ Der Verband bezweckt die Organisation und Durchführung von schulpsychologischen Abklärungen und Beratungen für die Verbandsgemeinden. Die Verbandsgemeinden schliessen mit dem Zweckverband Leistungsvereinbarungen ab. Den Rahmen und die rechtlichen Grundlagen für die Leistungsvereinbarungen bilden die Bestimmungen des Volksschulgesetzes und die entsprechenden Verordnungen und Empfehlungen der Bildungsdirektion.

² Der Verband kann für weitere schulische Institutionen, die nicht dem Zweckverband angehören, psychologische Beratungen und Abklärungen übernehmen. Die Kosten dafür müssen mindestens kostendeckend von der jeweiligen Institution getragen werden.

Art. 3 Beitritt weiterer Gemeinden

Der Beitritt weiterer Gemeinden zum Zweckverband erfordert eine Statutenrevision.

2 Organisation

2.1 Allgemeine Bestimmungen

Art. 4 Organe

Die Organe des Zweckverbands sind:

1. die Stimmberechtigten des Verbandsgebiets,
2. die Verbandsgemeinden,
3. die Delegiertenversammlung,
4. die Betriebskommission (BEKO),
5. die Rechnungsprüfungskommission (RPK).

Art. 5 Amtsdauer

Für die Mitglieder der Delegiertenversammlung, der Betriebskommission und der Rechnungsprüfungskommission beträgt die Amtsdauer vier Jahre. Sie fällt mit derjenigen der Gemeindebehörden zusammen.

Art. 6 Zeichnungsberechtigung

¹ Rechtsverbindliche Unterschrift für den Zweckverband führen der Präsident oder die Präsidentin und das Aktuariat des Zweckverbandes gemeinsam.

² Der Betriebskommission kann die Zeichnungsberechtigung im Interesse eines ordentlichen Betriebsablaufs für sachlich begrenzte Bereiche anders anordnen und im Betrag limitieren.

¹ Bemerkung gemäss RRB Nr. 1341 vom 24. November 2021: ab 1. Januar 2022 ist nicht die Schulgemeinde Grüningen Verbandsgemeinde sondern die Politische Gemeinde Grüningen

Art. 7 Publikation und Information

¹ Der Zweckverband nimmt die amtliche Publikation seiner Erlasse und allgemeinverbindlichen Beschlüsse auf der Webseite des SPBD vor (www.spbd.ch).

² Der Zweckverband sorgt für eine dauerhafte Zugänglichkeit seiner Erlasse auf der Webseite des SPBD.

³ Die Bevölkerung ist im Sinne des kantonalen Gesetzes über die Information und den Datenschutz periodisch über wesentliche Verbandsangelegenheiten zu informieren.

2.2 Die Stimmberechtigten des Verbandsgebiets

2.2.1 Allgemeines

Art. 8 Stimmrecht

Die in kommunalen Angelegenheiten stimmberechtigten Einwohnerinnen und Einwohner aller Verbandsgemeinden sind die Stimmberechtigten des Verbandsgebiets.

Art. 9 Verfahren

¹ Die Stimmberechtigten stimmen an der Urne ab. Das Verfahren richtet sich nach der kantonalen Gesetzgebung. Die Delegiertenversammlung verabschiedet die Vorlage zuhanden der Urnenabstimmung. Wahlleitende Behörde ist der Gemeindevorstand der Sitzgemeinde.

² Eine Vorlage ist angenommen, wenn sie die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt.

Art. 10 Zuständigkeit

Den Stimmberechtigten des Zweckverbands stehen zu:

1. die Einreichung von Volksinitiativen,
2. die Ergreifung des fakultativen Referendums,
3. die Abstimmung über rechtmässige Referendums- und Initiativbegehren, unter Vorbehalt der Zuständigkeit der Verbandsgemeinden für die Änderung der Statuten und die Auflösung des Zweckverbands,
4. die Bewilligung von neuen einmaligen Ausgaben für einen bestimmten Zweck von mehr als Fr. 300'000 und von neuen wiederkehrenden Ausgaben für einen bestimmten Zweck von mehr als Fr. 50'000.

2.2.2 Volksinitiative

Art. 11 Volksinitiative

¹ Eine Volksinitiative kann über Gegenstände eingereicht werden, die dem obligatorischen oder fakultativen Referendum unterstehen.

² Mit einer Volksinitiative kann ausserdem die Änderung der Statuten und die Auflösung des Zweckverbands verlangt werden.

³ Die Volksinitiative ist zu Stande gekommen, wenn sie von mindestens 400 Stimmberechtigten unterstützt wird.

2.2.3 Fakultatives Referendum

Art. 12 Beschlüsse der Delegiertenversammlung

Einer Abstimmung an der Urne unterliegen ferner Beschlüsse der Delegiertenversammlung,

1. wenn 200 Stimmberechtigte innert 60 Tagen nach der amtlichen Veröffentlichung des Beschlusses der Delegiertenversammlung bei der Betriebskommission das schriftliche Begehren um Anordnung einer Urnenabstimmung einreichen (Volksreferendum),
2. wenn ein Drittel der Mitglieder der Delegiertenversammlung innert 14 Tagen nach der Beschlussfassung ein solches Begehren stellt (Delegiertenreferendum).

Art. 13 Ausschluss des Referendums

Folgende Geschäfte der Delegiertenversammlung können der Urnenabstimmung nicht unterstellt werden:

1. die Festsetzung des Budgets,
2. die Genehmigung der Jahresrechnung,
3. die Genehmigung von Abrechnungen über neue Ausgaben,
4. die Genehmigung des Geschäftsberichts,
5. Anträge an die Verbandsgemeinden,
6. die Wahlen,
7. ablehnende Beschlüsse, ausgenommen abgelehnte Volksinitiativen,
8. Verfahrensentscheide bei der Behandlung von Initiativen und von Vorstössen der Delegierten,
9. Die Schaffung neuer Stellen bei der Übernahme neuer Aufgaben durch den Zweckverband.

2.3 Die Verbandsgemeinden

Art. 14 Aufgaben und Kompetenzen der einzelnen Verbandsgemeinden

¹Die Stimmberechtigten der einzelnen Verbandsgemeinden beschliessen je an der Urne über:

1. die Änderung dieser Statuten,
2. die Kündigung der Mitgliedschaft beim Zweckverband,
3. die Auflösung des Zweckverbands.

²Bei Urnenabstimmungen in den Verbandsgemeinden über die Auflösung des Zweckverbands sowie über grundlegende Änderungen der Statuten übt das Gemeindeparlament oder in Versammlungsgemeinden der Gemeindevorstand ein eigenes Antragsrecht (Abstimmungsempfehlung) neben dem Antragsrecht der Delegiertenversammlung aus.

Art. 15 Beschlussfassung

¹Ein Antrag an die Verbandsgemeinden ist angenommen, wenn die Mehrheit der Verbandsgemeinden ihm zugestimmt hat. Solche Mehrheitsbeschlüsse sind auch für die nicht zustimmenden Verbandsgemeinden verbindlich.

²Grundlegende Änderungen der Statuten bedürfen der Zustimmung aller Verbandsgemeinden. Grundlegend sind Änderungen, die folgende Gegenstände regeln:

1. wesentliche Aufgaben des Zweckverbands (gem. Art. 2),
2. die Grundzüge der Finanzierung,
3. Austritt und Auflösung,
4. die Mitwirkungsmöglichkeiten der Stimmberechtigten und der Verbandsgemeinden.

2.4 Delegiertenversammlung

Art. 16 Zusammensetzung

¹ Jede Verbandsgemeinde ist mit mindestens einem Mitglied in der Delegiertenversammlung vertreten. Gemeinden mit einer Primar- und Sekundarstufe stellen je 2 Delegierte, Gemeinden mit nur einer Schulstufe stellen 1 Delegierte oder 1 Delegierten.

² Die Schulpflegen bestimmen die Delegierten und deren Stellvertretung für die jeweilige Amtsperiode.

Art. 17 Konstituierung

Die Delegiertenversammlung konstituiert sich unter dem Vorsitz von ihrer bisherigen Präsidentin / ihres bisherigen Präsidenten. Sie wählt:

1. die Präsidentin oder den Präsidenten, wobei diese Funktion gleichzeitig in der Betriebskommission ausgeübt wird,
2. die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten, wobei diese Funktion gleichzeitig in der Betriebskommission ausgeübt wird,
3. die Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler.

Art. 18 Offenlegung der Interessenbindungen

Die Delegierten legen ihre Interessenbindungen offen. Der Organisationserlass regelt die Einzelheiten, insbesondere Form und Gegenstand der Offenlegung der Interessenbindungen.

Art. 19 Kompetenzen

Die Delegiertenversammlung ist insbesondere zuständig für:

1. die Oberaufsicht über den Zweckverband,
2. die Festlegung der strategischen Ausrichtung,
3. die Beratung von und Antragstellung zu allen Vorlagen, über welche die Stimmberechtigten oder die Verbandsgemeinden beschliessen,
4. Erlasse von grundlegender Bedeutung,
5. ihren Organisationserlass,
6. die Wahl der Mitglieder der Betriebskommission, die nicht der Delegiertenversammlung angehören dürfen, mit Ausnahme der Präsidentin / dem Präsidenten und der Vizepräsidentin / dem Vizepräsidenten,
7. die Beschlussfassung über Anträge der Betriebskommission zu Initiativen,
8. die Festsetzung des Budgets,
9. die Genehmigung der Jahresrechnung,
10. die Kenntnissnahme vom Finanz- und Aufgabenplan,
11. die Genehmigung des Geschäftsberichts,
12. die Bewilligung von neuen einmaligen Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis Fr. 300'000 und von neuen wiederkehrenden Ausgaben bis Fr. 50'000 für einen bestimmten Zweck, soweit nicht die Betriebskommission zuständig ist,
13. die Genehmigung der Abrechnungen über alle neuen Ausgaben, die sie selbst bewilligt hat, oder die die Stimmberechtigten des Verbandsgebiets bewilligt haben,
14. die Festlegung der Entschädigung der Verbandsorgane,
15. Schaffung neuer Stellen für die Aufnahmen neuer Aufgaben durch den Zweckverband.

Art. 20 Vorsitz und Sekretariat

¹ Die Präsidentin oder der Präsident oder die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident des Zweckverbands leitet die Delegiertenversammlung.

² Das Aktuariat des Zweckverbands führt das Sekretariat des Zweckverbands.

Art. 21 Einberufung

¹ Die Betriebskommission beruft die Delegiertenversammlung bei Bedarf, in der Regel jedoch mindestens zweimal pro Jahr ein.

² Die Hälfte der Delegierten kann unter Bezeichnung der Beratungsgegenstände und mit Begründung die Einberufung der Delegiertenversammlung verlangen.

³ Die Delegiertenversammlungen sind, dringliche Fälle vorbehalten, mindestens 20 Arbeitstage vorher unter Bezeichnung der Beratungsgegenstände samt zugehöriger Begründungen den Delegierten anzuzeigen und sie sind auf der Website www.spbd.ch öffentlich bekannt zu machen.

Art. 22 Beschlussfähigkeit und Stimmabgabe

¹ Die Delegiertenversammlung ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit ihrer Delegierten anwesend ist.

² Die Delegiertenversammlung beschliesst auf Antrag der Betriebskommission. Die Delegierten können zu den Anträgen der Betriebskommission Änderungsanträge stellen.

³ Über die Anträge von Delegierten kann nur Beschluss gefasst werden, wenn eine Stellungnahme der Betriebskommission vorliegt. Anträge von Delegierten müssen der Betriebskommission 40 Arbeitstage im Voraus zur Stellungnahme vorliegen.

⁴ Die Mitglieder der Betriebskommission, welche nicht der Delegiertenversammlung angehören, und die Leitung SPBD nehmen an der Sitzung der Delegiertenversammlung mit beratender Stimme teil.

Art. 23 Wahlen und Abstimmungen

¹ In der Delegiertenversammlung erfolgen Wahlen und Abstimmungen in der Regel offen. Auf Verlangen von 1/4 der anwesenden Delegierten muss geheim abgestimmt werden.

² Bei Wahlen gilt im ersten und zweiten Wahlgang das absolute Mehr, beim dritten Wahlgang das relative Mehr der Stimmen.

³ Bei Abstimmungen gilt das einfache Mehr der Stimmen. Bei Stimmgleichheit trifft die Präsidentin oder der Präsident den Stichentscheid.

Art. 24 Öffentlichkeit der Verhandlungen

Die Verhandlungen der Delegiertenversammlung sind öffentlich.

Art. 25 Anfragerecht der Delegierten

¹ Jede und jeder Delegierte kann Anfragen zu Angelegenheiten des Zweckverbands einreichen und deren Beantwortung in der Delegiertenversammlung verlangen.

² Die Anfrage ist spätestens 10 Arbeitstage vor der Delegiertenversammlung bei der Betriebskommission schriftlich einzureichen und wird von dieser spätestens einen Tag vor der Delegiertenversammlung schriftlich beantwortet.

³ In der Delegiertenversammlung werden die Anfrage und die Antwort bekannt gegeben. Der oder die anfragende Delegierte kann zur Antwort Stellung nehmen.

⁴ Die Delegiertenversammlung kann beschliessen, dass eine Diskussion stattfindet.

2.5 Betriebskommission

Art. 26 Zusammensetzung

¹ Die Betriebskommission besteht aus 5 Mitgliedern, die in einer der Verbandsgemeinden stimm- und wahlberechtigt sind und der Schulpflege angehören. Die Schulpflegen haben das Vorschlagsrecht zur Nominierung der Mitglieder der Betriebskommission.

² Die Betriebskommission wird durch die Delegiertenversammlung gewählt. Sie konstituiert sich mit Ausnahme der Präsidentin / dem Präsidenten und der Vizepräsidentin / dem Vizepräsidenten selbst.

Art. 27 Offenlegung der Interessenbindungen

Die Mitglieder der Betriebskommission legen ihre Interessenbindungen offen. Der Organisationserlass regelt die Einzelheiten, insbesondere Form und Gegenstand der Offenlegung der Interessenbindungen.

Art. 28 Allgemeine Befugnisse

¹ Der Betriebskommission stehen unübertragbar zu:

1. die strategische Planung, Führung und Aufsicht,
2. die Verantwortung für den Verbandshaushalt,
3. die Beratung von und Antragsstellung zu Geschäften in der Zuständigkeit der Delegiertenversammlung,
4. Erlasse, die nicht in die Zuständigkeit der Delegiertenversammlung fallen,
5. die Anstellung und Entlassung der Leiterin, des Leiters des SPBD und seiner Stellvertretung,
6. die Vertretung des Zweckverbands nach aussen und die Bestimmung der rechtsverbindlichen Unterschriften,
7. die Besorgung sämtlicher Verbandsangelegenheiten, soweit dafür nicht ein anderes Organ zuständig ist,
8. das Recht, seine von der Delegiertenversammlung geänderten Anträge neben deren Beschlüssen der Urnenabstimmung zu unterbreiten.

² Der Betriebskommission stehen im Weiteren folgende Befugnisse zu, die in einem Erlass massvoll und stufengerecht delegiert werden können:

1. Der Vollzug der Beschlüsse der übergeordneten Verbandsorgane,
2. der Erlass von Grundsätzen und Weisungen zur Betriebsführung,
3. die Anstellung und Entlassung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
4. die regelmässige Information der Verbandsgemeinden über die Geschäftstätigkeit des Zweckverbands,
5. das Handeln für den Verband nach aussen,
6. die Führung von Prozessen mit dem Recht auf Stellvertretung,
7. die übrige Aufsicht in der Verbandsverwaltung.

Art. 29 Finanzbefugnisse

¹ Der Betriebskommission stehen unübertragbar zu:

1. die Erstellung der Budgetvorlage und die Antragstellung an die Delegiertenversammlung,
2. die Beschlussfassung über den Finanz- und Aufgabenplan,
3. die Beschlussfassung über die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht,
4. die Bewilligung von neuen, im Budget nicht enthaltenen, Ausgaben für einen bestimmten Zweck,
 - a) einmalige Ausgaben bis Fr. 20'000 im Einzelfall; insgesamt pro Jahr bis Fr. 60'000,
 - b) jährlich wiederkehrende Ausgaben bis Fr. 5'000 im Einzelfall; insgesamt pro Jahr bis Fr. 15'000.

² Der Betriebskommission stehen im Weiteren folgende Befugnisse zu, die in einem Erlass massvoll und stufengerecht delegiert werden können:

1. der Ausgabenvollzug,
2. gebundene Ausgaben,
3. die Bewilligung von neuen, im Budget enthaltenen, einmaligen Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis Fr. 75'000 und von neuen, im Budget enthaltenen, wiederkehrenden Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis Fr. 20'000,
4. die Schaffung von Stellen, die für die Erfüllung bestehender Aufgaben notwendig sind, sowie die Schaffung neuer Stellen gemäss seiner Befugnis zur Bewilligung neuer Ausgaben.

Art. 30 Aufgabendelegation

¹ Die Betriebskommission kann bestimmte Aufgaben an einzelne seiner Mitglieder, an seine Arbeitsgruppen oder an Angestellte zur selbständigen Erledigung delegieren.

² Die Betriebskommission regelt diese Delegationen im Geschäftsreglement.

Art. 31 Einberufung und Teilnahme

¹ Die Betriebskommission tritt auf Einladung der Präsidentin oder des Präsidenten oder auf Verlangen von mindestens 3 seiner Mitglieder zusammen.

² Die Verhandlungsgegenstände sind den Mitgliedern mindestens 7 Tage vor der Sitzung in einer Einladung anzuzeigen.

³ An den Betriebskommissionssitzungen nehmen die Leitung des Dienstes und seine Stv in der Regel mit beratender Stimme teil.

⁴ Die Betriebskommission kann Dritte mit beratender Stimme beiziehen.

Art. 32 Beschlussfassung

¹ Die Betriebskommission ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist.

² Die Betriebskommission beschliesst mit einfachem Mehr der Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der Präsidentin oder des Präsidenten den Ausschlag.

³ Die Mitglieder sind zur Stimmabgabe verpflichtet. Die Stimmabgabe erfolgt offen.

⁴ Über Anträge kann ausnahmsweise auch im Zirkularverfahren entschieden werden, sofern nicht ein Mitglied die mündliche Beratung verlangt.

2.6 Leitung SPBD

Art. 33 Zusammensetzung

Die operative Leitung des SPBD obliegt der Leiterin / dem Leiter des SPBD. Ihr steht gemäss Stellenplan eine Stellvertretung zur Verfügung.

Art. 34 Aufgaben und Kompetenzen

Diese werden im Geschäftsreglement geregelt.

2.7 Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Art. 35 Zusammensetzung

¹ Als Rechnungsprüfungskommission des Zweckverbands ist die Rechnungsprüfungskommission der Sitzgemeinde tätig.

² Die Rechnungsprüfungskommission jeder anderen Verbandsgemeinde hat jederzeit das Recht, die Buchhaltung des Zweckverbands einzusehen.

Art. 36 Aufgaben

¹ Die Rechnungsprüfungskommission prüft alle Anträge von finanzieller Tragweite an die Verbandsgemeinden, an die Delegiertenversammlung und an die Stimmberechtigten des Verbandsgebiets, insbesondere Anträge betreffend das Budget, die Jahresrechnung und Verpflichtungskredite.

² Ihre Prüfung umfasst die finanzrechtliche Zulässigkeit, die rechnerische Richtigkeit und die finanzielle Angemessenheit.

³ Sie erstattet der Delegiertenversammlung schriftlich Bericht und Antrag.

Art. 37 Herausgabe von Unterlagen und Auskünfte

¹ Mit den Anträgen legt die Betriebskommission der Rechnungsprüfungskommission die zugehörigen Akten vor.

² Im Übrigen richten sich die Herausgabe von Unterlagen und die Erteilung von Auskünften an die Rechnungsprüfungskommission nach dem Gemeindegesetz.

Art. 38 Prüfungsfristen

Die Rechnungsprüfungskommission prüft Budget und Jahresrechnung und die übrigen Geschäfte in der Regel innert 30 Tagen.

2.8 Prüfstelle

Art. 39 Aufgaben der Prüfstelle

¹ Die Prüfstelle nimmt die finanztechnische Prüfung der Rechnungslegung und der Buchführung vor.

² Sie erstattet der Betriebskommission, der Rechnungsprüfungskommission und dem Bezirksrat umfassend Bericht über die finanztechnische Prüfung.

³ Die Prüfstelle erstellt zudem einen Kurzbericht, der Bestandteil der Jahresrechnung ist.

Art. 40 Einsetzung der Prüfstelle

Die Betriebskommission und die Rechnungsprüfungskommission bestimmen mit übereinstimmenden Beschlüssen die Prüfstelle.

3 Personal und Arbeitsvergaben

Art. 41 Anstellungsbedingungen

Für das Personal des Zweckverbandes gilt das Personalreglement des Zweckverbands und, soweit diese nichts Abweichendes regelt, sinngemäss die Bestimmungen des kantonalen Personalgesetzes und dessen Ausführungserlasse.

Art. 42 Öffentliches Beschaffungswesen

Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen, Arbeiten und Lieferungen richtet sich nach dem übergeordneten Recht über das öffentliche Beschaffungswesen.

4 Verbandshaushalt

Art. 43 Finanzhaushalt

¹ Massgebend für den Finanzhaushalt und die Rechnungslegung des Zweckverbands sind das Gemeindegesetz, die Gemeindeverordnung sowie die besonderen Haushaltsvorschriften aus Spezialgesetzen.

² Bis zum 15. Februar jeden Jahres liefert die Betriebskommission den Verbandsgemeinden die Zahlen, die sie für die Erstellung ihrer Jahresrechnungen benötigen, und bis zum 31. August jeden Jahres die Zahlen zur Erstellung ihres Budgets.

Art. 44 Finanzierung der Betriebskosten

Kostenverteiler

¹ Die nicht durch die Einnahmen gedeckten Betriebs- und Investitionskosten werden von den Verbandsgemeinden getragen.

² Der Kostenverteiler richtet sich nach der Schülerpauschale und den mit den jeweiligen Verbandsgemeinden vereinbarten Leistungsstunden.

³ Die Verbandsgemeinden leisten jeweils anfangs und Mitte Jahr Vorauszahlungen.

Begriffsdefinitionen

⁴ Schülerpauschale: Kosten pro Schülerin bzw. Schüler der Verbandsgemeinde

Mit der Schülerpauschale auf Basis der zum Zeitpunkt der Budgeterstellung letzten verfügbaren Schülerzahlen der kantonalen Bildungsstatistik werden die indirekten Kosten für eine Verbandsgemeinde finanziert (z.B. Infrastrukturkosten, Sekretariatskosten, Arbeiten der Psychologinnen und Psychologen wie Teamsitzungen, Weiterbildung, Leitung usw.).

⁵ Leistungsstunde:

Mit den Leistungsstunden werden die Arbeiten der Psychologinnen und Psychologen (Abklärungen, Beratungen usw.) für die einzelnen Verbandsgemeinden finanziert.

⁶ Die Anzahl der Leistungsstunden wird mit den Verbandsgemeinden jeweils für die Dauer von zwei Jahren vereinbart.

⁷ Das nach Abs. 1 verbleibende Rechnungsergebnis des Zweckverbands wird von den Verbandsgemeinden im Verhältnis ihrer Zahlungen im Rechnungsjahr getragen.

Art. 45 Finanzierung der Investitionen

¹ Der Zweckverband kann seine Investitionen über Darlehen der Verbandsgemeinden oder Darlehen Dritter finanzieren.

² Darlehen einzelner Gemeinden werden in den Gemeinden als neue Ausgaben beschlossen.

Art. 46 Beteiligungs- und Eigentumsverhältnisse

¹ Die Verbandsgemeinden sind am Vermögen und Ergebnis des Zweckverbands beteiligt. Das Verhältnis der Beteiligungen richtet sich nach dem Verhältnis der Finanzierung der Betriebskosten.

² Der Zweckverband ist Eigentümer von Anlagen, die er erstellt oder erworben hat, von beweglichen Vermögensteilen und von Bar- und Wertschriftenvermögen.

Art. 47 Haftung

¹ Die Verbandsgemeinden haften nach dem Zweckverband für die Verbindlichkeiten des Verbands nach Massgabe des kantonalen Haftungsgesetzes.

² Der Haftungsanteil richtet sich nach dem Verhältnis, in dem die Gemeinden die Betriebskosten finanzieren.

5 Aufsicht und Rechtsschutz

Art. 48 Aufsicht

Der Verband untersteht der Staatsaufsicht nach den Bestimmungen des Gemeindegesetzes und der einschlägigen Spezialgesetzgebung.

Art. 49 Rechtsschutz und Verbandsstreitigkeiten

¹ Gegen Beschlüsse der Verbandsorgane kann nach Massgabe des Verwaltungsrechtspflegegesetzes Rekurs oder Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat oder Rekurs bei einer anderen zuständigen Rekursinstanz eingereicht werden.

² Gegen Anordnungen und Erlasse von Mitgliedern oder Arbeitsgruppen der Betriebskommission, der Leiterin / dem Leiter des SPBD oder von anderen Angestellten kann bei der Betriebskommission Neubeurteilung verlangt werden. Gegen die Neubeurteilung der Betriebskommission kann Rekurs erhoben werden.

³ Streitigkeiten zwischen Verband und Verbandsgemeinden sowie unter Verbandsgemeinden, die sich aus diesen Statuten ergeben, sind auf dem Weg des Verwaltungsprozesses nach den Bestimmungen der kantonalen Gesetzgebung zu erledigen.

6 Austritt, Auflösung und Liquidation

Art. 50 Austritt

¹ Jede Verbandsgemeinde kann unter Wahrung einer Kündigungsfrist von 2 Jahren auf das Ende eines Schuljahres aus dem Verband austreten. Die Betriebskommission kann diese Frist auf Antrag der betroffenen Gemeinde maximal um ein Jahr abkürzen.

² Die Beteiligung der austretenden Gemeinde am Eigenkapital des Zweckverbands wird auf den Austrittszeitpunkt zu 100 % in ein Darlehen umgewandelt, das unverzinst und innert 7 Jahren zurückzahlen ist. Die Betriebskommission kann diese Frist aus eigener Entscheidung oder auf Antrag der betroffenen Gemeinde abkürzen.

Art. 51 Auflösung

¹ Die Auflösung des Zweckverbands ist mit Zustimmung der Mehrheit aller Verbandsgemeinden möglich. Der Auflösungsbeschluss hat auch die Liquidationsanteile der einzelnen Gemeinden zu nennen.

² Bei der Auflösung des Zweckverbands bestimmen sich die Liquidationsanteile der Verbandsgemeinden nach dem Kostenverteiler gemäss Art. 44.

7 Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 52 Einführung eigener Haushalt

¹ Der Zweckverband führt ab dem 1. Januar 2022 einen eigenen Haushalt mit Bilanz.

² Der Zweckverband erstellt auf diesen Zeitpunkt eine Eingangsbilanz gemäss § 179 des Gemeindegesetzes.

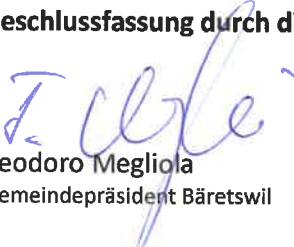
Art. 53 Inkrafttreten

¹ Diese Statuten treten nach Zustimmung durch die Stimmberechtigten der Verbandsgemeinden auf den 1. Januar 2022 in Kraft.

² Die Statuten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Regierungsrates.

³ Mit dem Inkrafttreten dieser Statuten werden die Statuten vom 1. Januar 2016 aufgehoben.

Beschlussfassung durch die Verbandsgemeinden am 26. September 2021



Teodoro Megliola
Gemeindepräsident Bäretswil



Andreas Sprenger
Gemeindeschreiber Bäretswil

Genehmigung durch den Regierungsrat des Kantons Zürich

RRB Nr. 1341 vom 24. November 2021

(Bemerkung zu Art. 1: ab 1. Januar 2022 ist nicht die Schulgemeinde Grüningen Verbandsgemeinde sondern die Politische Gemeinde Grüningen)